von Notz: Schulstudie sollte extremistische Einstellungen prüfen

26. November 2020



Berlin (KNA) Der Religionsbeauftragte der Grünen, Konstantin von Notz, unterstützt die Forderung nach einer unabhängigen Studie zu extremistischen Einstellungen unter Schülern. „Nach den Diskussionen um die jüngsten Vorfälle an verschiedenen Schulen ist der Wunsch, ein besseres Bild des genauen Ausmaßes der Probleme zu bekommen, durchaus verständlich“, sagte von Notz der Katholischen Nachrichten-Agentur (KNA) am Mittwoch in Berlin.

Vertreter der Bildungsministerien der Länder wollen sich in der kommenden Woche über gegen Lehrer gerichtete Morddrohungen aus islamistischen Milieus austauschen. Bei der Videokonferenz der Länderreferenten geht es nach Angaben der Kultusministerkonferenz (KMK) unter anderem um „Präventions- und Interventionskonzepte“. Anlass dafür ist die islamistisch motivierte Ermordung des französischen Lehrers Samuel Paty Mitte Oktober.

Die Tat hatte auch in Deutschland erneute Diskussionen über den Umgang mit muslimischen Schülern angestoßen, die aus streng konservativen oder extremistischen Elternhäusern kommen oder sich in einzelnen Moscheegemeinden oder über das Internet radikalisiert

haben. Laut Medienberichten kam es im Zusammenhang mit dem Vorfall in Frankreich auch in Deutschland vereinzelt zu Morddrohungen gegen Lehrer. Der Deutsche Lehrerverband hatte eine anonymisierte Umfrage bei Lehrkräften vorgeschlagen. Der religionspolitischer Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, Benjamin Strasser, regte an, dass die KMK eine solche Studie beschließen und kurzfristig in Auftrag geben solle.

von Notz betonte zugleich, dass es ihn nicht überzeuge, eine solche Untersuchung allein auf Formen des religiösen Extremismus zu beziehen und andere Formen des Extremismus auszuklammern. In die Erstellung einer solchen, wissenschaftlichen Studie zu extremistischen Einstellungen an Schulen sollten stichprobenartig neben der Lehrerschaft möglichst auch Schülerinnen und Schüler, Rektoren, Sozialarbeiter, Schulpsychologinnen und Eltern einbezogen werden. Nur so könne ein Gesamtlagebild entstehen.

Der religionspolitische Sprecher der SPD, Lars Castellucci, erklärte auf Anfrage, es sei hilfreich, die Situation in Schulen gut einschätzen zu können und Warnsignale von Schulen aufzunehmen. Wichtiges Bildungsziel sei es, Sozialkompetenz zu vermitteln und einzuüben. Entscheidend sei auch, welche Konsequenz Vorfälle hätten. Er verwies in diesem Zusammenhang auf wie Programme wie „Schule ohne Rassismus – Schule ohne Gewalt“, bei denen Schulen bestimmte Auflagen erfüllen müssen, um die Auszeichnung zu erhalten.

© KNA

Beitragsbild: © von-notz.de

Stand: 13. November 2026